

## Kantonsratsbeschluss über das Entlastungsprogramm 2013

Antrag vom 24. Juni 2013

**SVP-Fraktion (Sprecherin: Steiner-Kaltbrunn)**

*Abschnitt I:*

Nr.	Massnahme	2014	2015	2016
<b><u>E57bis (neu)</u></b>	<b><u>Sicherheits- und Justizdepartement, LB 7.17 (Verkehrssicherheit und Umwelt (Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt))</u></b> Abschaffung der Postgeschäfte für die Verkehrszulassung von Fahrzeugen			
<b>Beschreibung der Massnahme</b>				
<u>Auflösung des Vertrages mit der Post per 31. Dezember 2014</u>				
<b>Veränderung des Nettoaufwands (in Fr. 1'000.–)</b> - für Abnahme / + für Zunahme		<u>0</u>	<u>-350</u>	<u>-500</u>
<b>Gesetzesanpassung</b>				
Nein				

Begründung:

Seit 1996 erbringen die Poststellen zum Teil kleine Arbeiten für die Strassenverkehrsämter. Der Kanton bezahlt dafür jährlich Fr. 500'000.–. Dieses Modell kennt nur noch der Kanton Zürich – allerdings nur in grossen Agglomerationen – und der Kanton Wallis.

Das Schriftgut der Poststellen wird per Fax an das Strassenverkehrsamt gesendet, das den Geschäftsfall abschliesst. Die Geschäfte könnten mit dem heutigen Personalbestand einfacher (ohne den grossen Fax-Stapel) bewältigt werden, sofern die IT-Fachapplikation Cari mit einem E-Government-Modul (einmalige Kosten rund 150'000.– Franken) ausgebaut würde. Die Fehlerquellen bei der Post würden behoben und das Strassenverkehrsamt enorm entlastet. Zudem hätten die Kunden die Möglichkeit, das Fahrzeugzulassungsgeschäft elektronisch zuhause zu erfassen und dem Strassenverkehrsamt zur Verarbeitung zu übermitteln.